

Militarisierung der Entwicklungshilfe – jüngster Akt: Keine Entwicklungshilfe mehr für Afghanistan, sondern für das Regionalkommando Nord!

Ein Kommentar von Sabine Ferenschild, Ökumenisches Netz Rhein Mosel Saar e.V.

Anfang Juni 2010 erhielten deutsche Nichtregierungsorganisationen, die in der Entwicklungszusammenarbeit organisiert sind, Post im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Bengo, die Beratungsstelle für private Träger in der Entwicklungszusammenarbeit, wies in einer Sonderausgabe ihres regelmäßig erscheinenden Rundbriefes auf die „NRO-Fazilität Afghanistan“ hin. Mit hoher Dringlichkeit und unter Aufweichung ansonsten geltender Kriterien für die Mittelvergabe sollen zusätzlich 10 Millionen € aus dem BMZ-Etat „möglichst rasch und flexibel“ von privaten Trägern abgerufen und in Afghanistan eingesetzt werden.

In ganz Afghanistan? Nein. „Prioritär“ behandelt werden Projekte in den afghanischen Provinzen Balkh, Baghlan, Kunduz, Takhar und Badakhshan. Ebenfalls möglich ist eine Mittelbewilligung für Projekte in den Provinzen Samangan, Jowzan, Faryab, Sar-e-Pul sowie in Kabul und im zentralen Hochland (Hazarajat). Die Karte „Einsatzgebiete ISAF“ der Bundesregierung verdeutlicht, wo in Afghanistan diese Provinzen liegen – im Gebiet des Regionalkommandos Nord, das unter deutscher Führung steht.

Entspricht das Gewicht der Grundprinzipien für die geförderten Projekte der Reihenfolge ihrer Nennung in der Ausschreibung, dann müssen die Projekte zunächst in das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung passen und mit dem Konzept der vernetzten Sicherheit übereinstimmen – und anschließend erst der unmittelbaren Armutsbekämpfung und / oder der Achtung der Menschenrechte dienen. Das Konzept der vernetzten Sicherheit meint nichts anderes als die kombinierte Strategie „militärische Anstrengungen gegen den Terrorismus einerseits, ziviler Aufbau andererseits“, wie die Bundesregierung am 1.12.2009 verlauten ließ.

Wird das Projekt in die Mittelvergabe aufgenommen, kann auch die grundsätzliche Förderhöchstsumme von 500.000 € überschritten und der grundsätzliche Eigenanteil von 25% unterschritten werden. Damit es auch wirklich schnell geht mit der Mittelvergabe, werden die eingereichten Projekte nicht - wie sonst üblich – über die Beratungsstelle Bengo vorgeprüft, sondern direkt an das BMZ weitergeleitet. Das BMZ übernimmt die „inhaltliche Prüfung und Abstimmung der Projektanträge“.

Brot für die Welt, Caritas International und andere haben bereits anlässlich der Haushaltsplanungen 2010, bei der sich dieser neue Schub in der militärstrategischen Indienstnahme der Entwicklungszusammenarbeit abzeichnete, ihre Kritik hieran geäußert. Doch da just in dieser Woche, in der die NRO das Bengo-Schreiben erteilte, Bundespräsident Horst Köhler aufgrund der Kritik an seinen Äußerungen zu den ökonomischen Interessen deutscher Militäreinsätze im Ausland sein Amt niedergelegt hat, gewinnt die Konzentration der zur Verfügung gestellten staatlichen Gelder auf das Regionalkommando Nord einen zusätzlich üblen Beigeschmack: Mit dem Krieg am Hindukusch verteidigt die Bundesregierung die Sicherheit vor Terrorismus und, wenn man den ehemaligen Bundespräsidenten interpretieren darf, die Sicherheit unserer Rohstoffzufuhr. Die Entwicklungszusammenarbeit privater

Träger wird in diesem militärisch-ökonomischen Projekt zu einem zivilen Begleitprogramm des Kriegseinsatzes degradiert. Ehrlicherweise sollte die Ausschreibung dann auch nicht „NRO-Fazilität Afghanistan“ genannt werden, sondern „NRO-Fazilität Regionalkommando Nord“. Inwiefern sich private Träger für dieses Projekt funktionalisieren lassen wollen, ist noch offen.

Sabine Ferenschild
Ökumenisches Netz Rhein Mosel Saar e.V.
Pfarrer Werner Mörchen Str. 1
56564 Neuwied
Mail: info(at)oekumenisches-netz.de